

*Zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933-45 waren viele Deutsche von Adolf Hitler und der NSDAP überzeugt. Es gab aber auch Menschen, die sich der willkürlichen Schreckensherrschaft und den Verbrechen der Nazis entgegenstellten. Diese Männer und Frauen kamen aus allen Teilen der Gesellschaft. Bekannte Beispiele sind die Geschwister Scholl oder die Gruppe des 20. Juli um Graf von Stauffenberg. Auch die Arbeiter\*innenschaft spielte eine wichtige Rolle im Widerstand. Das gilt auch für Ostwestfalen und Lippe. Schließlich haben aber nicht die Widerstandskämpfer\*innen Deutschland von den Nazis befreit, sondern die Alliierten. So stellt sich die Frage: Arbeiter\*innwiderstand in Ostwestfalen-Lippe: Wirksam, umsonst, erinnerungswert?*

---

Während es heutzutage selbstverständlich ist, ausländisches Radio oder Podcasts per Streaming zu hören, war das Hören ausländischer Radiosender im NS-Staat strafbar und das nicht erst seit der „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“, die am 01. September 1939 in Kraft trat. Bereits vor dem Krieg wurden Kommunist\*innen dafür bestraft, den kommunistischen Radiosender Moskau zu hören. Diese Menschen wurden dann nicht wegen sogenannter „Rundfunkvergehen“, sondern wegen „Hochverrat“ bestraft. Den Beschuldigten wurde vorgeworfen, sie würden ihre kommunistische Gesinnung festigen und sich über Strategien zur Revolution informieren, um das NS-Regime zu Fall zu bringen.

Mit der Verordnung vom 01. September 1939 wurde das Hören aller ausländischer Sender zum Delikt. Menschen, die mit ihrer Familie, Freunden und Bekannten oder gar mit Fremden über das Gehörte sprachen, konnten im Einzelfall sogar zum Tode verurteilt werden. In der Regel wurden mehrjährige Haftstrafen verhängt. Dabei zielte das nationalsozialistische Regime darauf ab, sein Informationsmonopol zu erhalten und die Bürger\*innen Deutschlands von ausländischer Berichterstattung abzuschotten. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde auch auf Propagandaveranstaltungen vor dem Hören ausländischer Sender gewarnt. Zum Beispiel sprach der Vizepräsident des „Volksgerichtshofs“ im Zuge eines in Bielefeld stattfindenden Schauprozesses vor Bielefelder Arbeiter\*innen zu diesem Thema (M5.5). Um abzuschrecken, berichteten Zeitungen regelmäßig über besonders scharfe Urteile gegen „Rundfunkverbrecher“ (M5.6). Auch der Propagandaspruch „Rundfunkverbrecher sind Volksverräter!“ wurde verbreitet. Sogar auf die Radiogeräte selbst wurden Zettel mit Warnhinweisen zur Strafbarkeit des Hörens ausländischer Sender geklebt.

Bereits kurze Zeit nach der Einführung der „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ kam im Jahr 1940 ein Merkblatt des Reichsjustizministeriums in Umlauf, nach dem im Zusammenhang mit „Rundfunkverbrechen“ geprüft werden müsse, ob eine „Vorbereitung zum Hochverrat“ vorliege. Insbesondere das gemeinschaftliche Hören ausländischer Sender geriet dabei in den Fokus.

*Text nach: Zarusky, Jürgen: Einleitung. In: Zarusky et al. (Hrsg.): Widerstand als „Hochverrat“ 1933-1945. Erschließungsband zur Mikrofiche-edition. München, 1998. S. 25-26.*

*Hensle, Michael: „Rundfunkverbrechen“ vor nationalsozialistischen Sondergerichten. Berlin, 2003. 133-143.*